

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Rühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 131
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt & Hammer

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 157. (Erstes Blatt.)

Herford, Mittwoch, den 7. Juli 1920

38. Jahrgang.

Gesler in Spa.

Der Verlauf der zweiten Sitzung — Stinnes bei Millerand — Fehrenbachs Voraussetzungen.

mtb. Spa, 6. Juli. Reichswehrminister Dr. Geßler und General von Seeckt sind heute nachmittag um 2 Uhr, im Automobil von Aachen kommend, im Hotel Amette et Aubin eingetroffen. Sie begaben sich sofort zur Besprechung in die Villa des Reichskanzlers. Der Beginn der Besprechungen im Schloss de la Reineuse ist auf 5 Uhr nachmittags festgesetzt.

mtb. Berlin, 6. Juli. Der Reichsminister der Justiz, Dr. Geisze, ist heute abend zur Teilnahme an der Konferenz in Spa in Begleitung des Reichsanwalts Richter von der Reichsanwaltschaft in Leipzig abgereist.

Auch Bergarbeiterführer in Spa.

mtb. Berlin, 7. Juli. Justizminister Dr. Geisze hat gestern abend die Reise nach Spa mit dem fahplanmäßigen D-Zuge um 9 Uhr 45 Minuten angetreten. In seiner Begleitung befand sich Reichsanwalt Richter von der Reichsanwaltschaft in Leipzig. In dem gleichen Zuge begaben sich nach Spa Herr von Bodenhausen vom Reichsarbeitsministerium, ein Vertreter des Reichsministers des Innern und die beiden Bergarbeiterführer Abg. Gue aus Eisen und Pieper aus Dortmund, auch sechs Vertreter der französischen Mission traten in dem gleichen Schlafwagen die Reise nach Spa an.

Die zweite Sitzung.

mtb. Spa, 6. Juli. Die zweite Sitzung der Konferenz wurde heute nachmittag 4 1/2 Uhr in Anwesenheit zahlreicher militärischer und maritimer Sachverständigen eröffnet. Von deutscher Seite nahmen auch Reichswehrminister Dr. Geßler und General von Seeckt daran teil.

Lloyd Georges Bedauern.

L.M. Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Dem Berliner Tageblatt wird über den Verlauf der gestrigen Sitzung in Spa gemeldet: Der Verlauf der Sitzung ist nicht glatt gewesen. Reichswehrminister Geßler hielt auf Auf-
forderung des Vorsitzenden de la Croix eine Rede, die die Forderungen der Alliierten im wesentlichen ablehnte, aber ohne ihnen einen eigentlichen Vorschlag zu bringen. Lloyd Georges erklärte sich darüber tief enttäuscht, aber er sagte das in ruhigem Ton, aber er schloß daraus, daß Deutschland den Vertrag nicht erfüllen wolle. Darauf griff Stinnes ein. Er wies auf die enge Verbindung zwischen dem Weiterbestehen des Restes der Wehrmacht und der Möglichkeit einer Entschädigung hin. Hierauf fand de la Croix den Ausweg, daß es sich, wenn er Lloyd Georges und die Deutschen richtig verstehe, um die Modalitäten der Ausführung des Friedensvertrages handle. Nach der Teepause nahm Fehrenbach das Wort und sagte, Deutschland bedürfe einer gewissen Macht im Innern, damit die Regierung, die fest entschlossen sei, den Friedensvertrag zu erfüllen, ihre Absicht auch durchführen könne. Hierauf folgte ein neuer Ausdruck des Bedauerns seitens Lloyd Georges, allgemeine Versicherungen könne er nicht nach England zurückbringen. Dorthin müßte er sich bald begeben. Es sei ihm eine strenge sachliche, nicht zurückblickende Auseinandersetzung mit den deutschen Vertretern erwünscht.

Stinnes bei Millerand.

mtb. Paris, 5. Juli. (Havas.) Der Sonderberichterstatter des Matin in Spa telegraphiert seinem Blatt: Gestern hatte Hugo Stinnes, der von Köln gekommen war, eine lange Zusammenkunft mit Millerand. Dieser empfing ihn in dem französischen Quartier. Stinnes sagte Millerand seine Pläne über die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete auseinander. Millerand machte etliche Einwendungen, erklärte sich aber lebhaft interessiert über das von Stinnes entwickelte System der internationalen Mitwirkung.

Was Deutschland braucht.

mtb. Spa, 6. Juli. Der Reichskanzler Fehrenbach empfing gestern nachmittag die hier anwesenden Vertreter der deutschen Presse und etwa 60 anwesende Journalisten und erklärte ihnen gegenüber u. a.: Wir sehen die Konferenz von Spa nicht nur unter einem nationalen, sondern unter einem internationalen Gesichtspunkt. Der unglückliche Krieg hat überall Verwüstungen angerichtet, nicht nur wo die Kriegsfurie tobte, sondern überall auch in Deutschland. Wir sind bereit, eifrig am Wiederaufbau der Welt zu arbeiten und zu unserm Teil, soweit es im Bereich der Möglichkeit liegt, den Vertrag von Versailles zu erfüllen. Etwas erfüllen, was uns unmöglich erscheint, werde ich niemals versprechen. Ich habe das ausdrücklich hervor, weil wir mit gutem, ehrlichem Willen hergekommen sind, den Vertrag zu erfüllen. Die Leistungsfähigkeit hängt ab von der

Ruhe im Innern.

Unser Volk ist durch den Krieg zermüdet, leidet Hunger und ist vielfach arbeitslos, das erklären die Unruhen, unter denen wir zu leiden haben. Unser Hauptaugenmerk muß, da die eigene Produktion nicht ausreicht, darauf gerichtet sein,

Lebensmittel aus dem Auslande

zu schaffen, um unser Volk zu ernähren, und

Das Neueste vom Tage.

Der Reichstag hat sich vertagt nach einer eindrucksvollen Kundgebung für Ost- und Westpreußen.

Mit Ausnahme der Arbeiter einer Hütte stehen in Saarbrücken sämtliche Metallarbeiter im Streik.

In den Königsberger Sympathiestreik sind nunmehr auch die städtischen Arbeiter eingetreten. Gas, Wasser und Elektrizität versagen.

In einigen oberrheinischen Städten sind neue Lebensmittelunruhen vorgekommen.

Die sächsischen Landwirte haben sich gegen die Fruchtdruschprämie erklärt.

Finnland verlangt als Grundlage für die Verhandlungen mit Rußland die Neutralisierung Petersburgs.

Der finnische Gesandte überreichte in Stockholm die Antwort seiner Regierung auf die letzte schwedische Note in der Aalandfrage.

Nach einer Erklärung Bonar Law's im englischen Unterhaus beschränkt sich die Unterstützung der Griechen durch England lediglich auf die Sicherung der Meere und Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages.

Die Griechen haben den Jahrgang 1905 unter die Fahnen gerufen.

Zum demokratischen Kandidaten für die amerikanische Präsidentschaft ist der Gouverneur Cox gewählt worden.

Nachschüsse, um unsere Industrie

zu beschäftigen. Wenn dies erfolgt ist, erhoffen wir in Deutschland eine wiederaufblühende Industrie, die es uns ermöglicht, zu den ungeheuren Steuern auch noch die der Wiedergutmachungslast in gewissem Umfang auf uns zu nehmen.

Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß wir hier in Spa Gelegenheit haben, in Verhandlungen mit den Alliierten unsere wirtschaftliche Lage und die sich aus ihr ergebende Leistungsfähigkeit Deutschlands zu besprechen. Das Programm, das uns heute mitgeteilt worden ist, ist uns bekannt. Wir sind bereit, wenn ich so sagen darf, unsere Bücher offen auf den Tisch zu legen. Nach dem Text der Noten der Alliierten hatten wir nicht angenommen, daß die militärischen Fragen zunächst zur Erörterung kommen würden. Wir hatten deshalb die Anwesenheit des Reichswehrministers und des Generals von Seeckt für später vorgesehen. Am Schluß seiner Darlegungen erklärte der Reichskanzler, die Presse habe hier in Spa eine große Aufgabe zu erfüllen. Die Menschheit könne ihr dankbar sein, wenn sie zu ihrem Teil am Friedenswerk mitarbeite.

Italiens Forderungen.

mtb. Spa, 6. Juli. (Havas-Neuer.) Nach Schluß der Zusammenkunft prüften die Sachverständigen die italienische Note, in der der Standpunkt Italiens auseinandergelegt wird. Das lange Schriftstück nimmt die in Brüssel und Boulogne von Bertolini gemachten Darlegungen wieder auf, wonach die von den verschiedenen feindlichen Mächten erlangten Teilschuppen ein gemeinsames Pfand bilden sollen, in das alle Alliierten im Verhältnis zu ihren Ansprüchen sich zu stellen haben. Ohne Bezug darauf zu nehmen, daß der Italien zugesprochene Anteil der deutschen Entschädigung 10 Prozent betragen soll, stellt die italienische Note als Vorbedingung für die Zustimmung Italiens den Grundsat, daß sein Anteil nicht weniger als 4 Milliarden Goldmark betragen werde. Außerdem fordert Italien das Vorgesichtsrecht jeder Verteilung der von Österreich und Bulgarien geforderten Summen, besonders Erhöhung seines Anteils der österreichischen Lonnage.

Deutschlands Leistungsfähigkeit.

In der Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung, die von der deutschen Regierung der Entente vor der Konferenz von Spa übergeben wurde, wird dargelegt, daß das deutsche Volkvermögen vor dem Kriege von vielen Seiten überschätzt worden ist. Auf Grund der Veranlagung zum Wehrbeitrag wird man es für die Zeit vor dem Kriege auf

220 Milliarden Mark in Gold

beziffern dürfen. Dieses Vermögen ist durch den Verlust der Kolonien, der Unternehmungen im Auslande, der Abtretungen usw., durch die Wirkungen von Krieg und Kriegsfolge sehr stark vermindert worden. — Aus diesem verminderten Vermögen ist die Wiedergutmachung zu leisten. Da Deutschland seiner Schiffe und seiner Auslands Guthaben verlustig gegangen ist, kann die Zahlung im wesentlichen nur durch die Ausfuhr von Waren beglichen werden. Ist die deutsche Volkswirtschaft in Stande, die mit der Wiedergutmachung verbundenen Lasten zu tragen? Die Bevölkerung ist an Zahl und Leistungsfähigkeit zurückgegangen. An Stelle der früheren Arbeitsfreudigkeit ist in vielen Kreisen Unruhe und Arbeitsunlust getreten. — Die Denkschrift schildert den Zustand der

verschiedenen Zweige der deutschen Volkswirtschaft. Die deutsche Volkswirtschaft hat einen großen Teil ihrer Leistungsfähigkeit verloren.

Die deutsche Industrie hat eine dreifache Aufgabe zu lösen. Sie muß der industriellen Bevölkerung, die nicht auswandern kann, Arbeitsgelegenheit geben. Sie muß nach Wegfall der aus Schiffsahrt und Kapitalanlagen im Ausland stammenden Einkünfte die Bezahlung der deutschen Einfuhr ermöglichen; sie muß überdies die Ware für die Wiedergutmachung liefern. Auch die deutsche Industrie hat aber eine ihrer Grundlagen, Eisen, fast zu 1/2 verloren. Die deutsche Kohlenproduktion ist 1919 auf 108 Millionen oder 57 v. H. der Förderung von 1913 gesunken. Durch den Verlust von Oberschlesien würde Deutschland mindestens die Verfügung über weitere 18 Millionen Tonnen im Jahre verlieren. Die Wirkung jeder möglichen Steigerung der Förderung würde dadurch aufgehoben. Abgesehen von wenigen begünstigten Industrien, wie etwa der chemischen Industrie, wird die deutsche Industrie mehr und mehr zu einer Veredelungsindustrie. Diese Veredelungsindustrie muß ihre Rohstoffe durch die Ausfuhr von Fertigfabrikaten bezahlen. Nur wenn die Industrie mit voller Kraft arbeiten kann, wird sie das können und dabei genügend Ware für den inneren Markt zur Verfügung haben.

Das deutsche Verkehrswesen ist zerrüttet. Dem deutschen Handel ist durch den Krieg und seine Folgen ein gut Teil seiner Kapitalkraft genommen.

Hat man daher, wie eingangs erwähnt, das Volkvermögen vor dem Kriege mit 220 Milliarden angenommen, so wird man heute nach den Abtretungen im Osten und Westen, nach Verlust der gesamten Handelsflotte, nach Abstoßung der ausländischen Wertpapiere, nach Verbrauch der Warenvorräte und nach sechsjähriger Abnutzung aller Produktionsmittel höchstens von 100 Milliarden reden können. Davon sind noch Auslandschulden abzugiehen, die 8—10 Milliarden erreichen dürften.

Den verminderten produktiven Kräften steht allein aus dem Warenvermehr eine

Verfälschung von etwa 50 Milliarden Mark

gegenüber. Diese Waren sind teils auf Kredite gekauft, teils mit Banknoten bezahlt worden, von denen etwa 20 Milliarden Mark im Ausland sein dürften. Für die nächste Zeit wird man mit einer deutschen

Ausfuhr von vielleicht 35 bis 40 Milliarden

Mark Papier rechnen können. Ihr steht eine Einfuhr von vielleicht 80 Milliarden Mark an Lebensmitteln und Rohstoffen gegenüber. Die deutsche Handelsbilanz ist also passiv. Sie kann nur aktiv werden, wenn die deutsche Industrie in so großem Umfang zu arbeiten vermag, daß sie zur Deckung des inneren Bedarfs ausreicht und die gesamte Einfuhr bezahlen kann. Sie kann erst wieder aktiv werden, wenn Deutschland sich völlig erholt hat. Im Gegensatz dazu steht aber die Erfüllung des Friedensvertrages eine aktive Handelsbilanz voraus. Alle Leistungen der deutschen Volkswirtschaft und andere Volkswirtschaften müssen schließlich aus dem Haushalt des Reichs bezahlt werden, dem der Steuerzahler die nötigen Mittel zur Verfügung stellen muß. Gelingt es nicht, so muß eine wilde Kreditwirtschaft mit zunehmender Inflation eintreten.

Die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft ist ohne Gesundung des deutschen Geldwesens nicht möglich. Die Gesundung des deutschen Geldwesens hängt von der Regelung der deutschen Finanzen, insbesondere von der Regelung der schwebenden Schulden ab. Die Regelung des Finanzwesens wird endlich von der Höhe und der Form der Entschädigungsverpflichtung bedingt. Die Steuern, insbesondere die direkten Steuern sind sehr stark angeschwollen.

Die indirekten Steuern lassen sich zur Zeit nicht wesentlich erhöhen. Man kann nicht durch Verbrauchsabgaben den Konsum verteuern, während man gleichzeitig 10 Milliarden Mark zu seiner Verbilligung einsetzen muß.

Diese kritische Lage des deutschen Finanzwesens kann auch nicht durch das Gewaltmittel eines

Staatsbankrotts

gerettet werden. Da große Mengen Kriegsanleihe in den Händen kleiner Leute sind, die ein Staatsbankrott in das Lager der sozialen Anarchie treiben würde und das ganze deutsche Wirtschaftsleben auf Kredit aufgebaut ist, so würde ein Staatsbankrott den völligen Zusammenbruch sozial und politisch zur Folge haben.

Die Ausführung des Friedensvertrages in der jetzt vorliegenden Form wird die deutsche Finanzwirtschaft noch weiter gefährden. Geht man von einer rein finanziellen Belastung von nur 60 Milliarden Mark Gold durch den Friedensvertrag aus, so würde

ein Haushalt von vier Köpfen etwa 40 000 M. schulden,

das macht zu einem Satz von 6 v. H. 2400 M. im Jahr. Da die heutige Besteuerung bereits einen Bedarf von über 30 Milliarden Mark im Jahre vorsieht, würde der Haushalt von vier Personen unter den bestehenden Voraussetzungen mit Jahresleistungen von 4400 M. belastet sein. Dabei hatten im Jahre 1918 81,21 v. H. der preussischen Steuerzahler ein Einkommen von nicht über 3000 Mark. Insgesamt würden mindestens 2,4 Milliarden Mark Gold oder 24 Milliarden Mark Papier das deutsche Budget belasten. Das kann unter den heutigen Verhältnissen nur dadurch geschehen, daß die deutsche Regierung neue schwebende Schulden ausgibt.

Die Zerrüttung des deutschen Finanzwesens ist das naturgemäße Ergebnis des Krieges und seiner Folgen. In dieser Beziehung ist die Lage Deutschlands von derjenigen anderer Länder nicht grundfänglich verschieden. Der grundlegende Unterschied seiner Stellung liegt darin, daß es infolge des Friedensvertrages nicht die Möglichkeit hat, Mittel und Wege frei zu wählen, die zur Gesundung seines Wirtschaftslebens und zur Rettung seiner Finanzen führen können.

Ohne wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Völkern kann Deutschland weder sein Wirtschaftsleben aufbauen, noch seine Finanzen ordnen. Ohne Ordnung seiner Finanzen ist die pünktliche Erfüllung seiner Verpflichtungen unmöglich. Wird Deutschland seine wirtschaftliche Bewegungsfreiheit wiedergegeben, dann ist zu hoffen, daß sein arbeitstüchtiges Volk alle Kräfte zum Wiederaufbau seines wirtschaftlichen Lebens einsetzt wird.

Der Vorstoß der Bolschewisten.

Neue polnische Schanddaten gegen die Deutschen.

Mth. Frankfurt a. M., 6. Juli. Die Frankf. Zeitung meldet aus Warschau: Die Bolschewisten haben die erwartete Offensive an der nördlichen Front nördlich der Bahn Molodetschno-Polock begonnen. 5 Divisionen, Tanks und Panzerzüge wurden gegen den Durchgang zwischen dem See südlich von Schadow und nördlich von der Bahn angeseht. Der Durchbruch des ersten Vorstoßes wurde verhindert.

Holtum in Marienwerder.

Mth. Marienwerder, 6. Juli. Dr. v. Holtum ist heute früh gegen 9 Uhr, von Graudenz kommend, wieder in Marienwerder eingetroffen. Nach kürzester Frist sammelte sich eine vielhundertköpfige Menschenmenge vor dem Reichshaus an, um Dr. v. Holtum zu begrüßen. Im Namen der Ost- und der Westpreußen sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Gleicher, worauf Dr. v. Holtum in bewegten Worten einen kurzen Bericht seiner Verschleppung durch die Polen nach Kormow in Galizien gab. Dr. v. Holtum nahm seine erfohrliche Tätigkeit als Leiter der Arbeitsgemeinschaft in Westpreußen wieder auf.

Polnische Absichten bei einer Niederlage.

Mth. Danzig, 6. Juli. Wie die Abendblätter aus Marienwerder melden, fordern die Polen in einem Protest an den Obersten Rat in Paris den Aufschub der Abstimmung in Westpreußen um mindestens 2 Jahre. Sie begründen den Aufschub mit der Behauptung, daß die Deutschen während der Aufstellung der Wahllisten Fälschungen vorgenommen hätten. Die Untersuchungen der internationalen Kommission haben die Fälschung der polnischen Verdächtigungen ergeben. Für den Fall einer Abstimmungsniederlage planen die Polen sofort nach der Abstimmung das Abstimmungsgebiet militärisch zu besetzen. Bei polnischen Desertoren ist ein Geheimbefehl gefunden worden, wonach polnische Truppen zum Einrücken in das Abstimmungsgebiet an der Grenze bereitstehen. Auch hat die polnische Propaganda einen Luftschiffdienst eingerichtet, der die Deutschen zu unüberlegten Handlungen verleiten soll, um so den polnischen Einmarsch zu rechtfertigen.

Polnische Mordbuben.

Mth. Allenstein, 6. Juli. Am 5. Juli fuhr ein aus dem Hauptquartier in Allenstein kommendes Kastrauto über den Markt in Gilsenburger, dessen Führer durch Fragen die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich lenkte. Man vermutete einen Waffentransport für die Kampforganisation der Polen und durchsuchte das Auto, auf dem sich eine Menge polnische Flugblätter und andere Schriftstücke befanden. Die aufgetragene Menge warf sämtliche Druckstücke auf einen Haufen und zündete sie an. Am Abend desselben Tages gegen Mitglieder des Gilsenburger Heimatvereins mit Musik zum Bahnhof, um die aus dem Reich kommenden Abstimmungsberechtigten zu empfangen. In der Nähe des Bahnhofes eröffnete eine Abteilung der polnischen Kampfschar Bojasko aus dem Hinterhalt das Feuer auf die Deutschen, wobei vier verwundet wurden. Nach begründeten Vermutungen ist der polnische Organisator der katholischen Kirche in Gilsenburger der Organisator des Ueberfalls.

Mth. Allenstein, 7. Juli. Der Einspruch des deutschen Reichskommissars wegen der Bürgerrechtsbrüche der Polen gegen die Abstimmungsrechtlichen im polnischen Korridor hat den Erfolg gehabt, daß die internationalisierte Kommission einen englischen Major nach Königsberg entsandte. Dieser ist berechtigt, in allen Fällen, wo die Polen Zureichende zurückweisen wollen, die Pässe im Namen der Alliierten zu ergänzen.

Die Erregung in Allenstein.

Altenstein, 6. Juli. Allenstein trägt Feststimmung. Die deutschen Farben wehen von jedem Hause. Lannenguirlanden mit patriotischen Inschriften ziehen sich durch die Straßen. Englische Militärkapelle und die Konzerte des städtischen Orchesters wechseln sich ab. Auf den Straßen herrscht lebhaftes Treiben. Die Stimmung gegen die Polen ist äußerst erregt. Sie wird noch durch die Not der vielen aus Neu-Polen geflüchteten und im Kriege abgeschobenen verschärft. In ganzen Trupps drängen sie über die Grenze, bewaffnet mit Handgranaten und Maschinengewehren, die aber zurückgeschickt werden, um neuen Trupps das Uebersteigen der deutschen Grenze zu erzwingen. Das polnische Hauptquartier hat vor der erregten Menge durch Stacheldrahtverhau geschützt werden müssen. Die Polen arbeiten unter Mitwirkung geistlicher Agitatoren mit allen Mitteln. Sie bieten für die einzelne Stimme bis zu 3000 M und haben Stütztrupps von Offizieren und Arbeitern gebildet, um die deutschen Versammlungen zu sprengen, wobei es fortgesetzt zu Zusammenstößen kommt. Sie versprechen auch die Autonomie für Ermland und Masurien. Die alle abstimmungsberechtigten Einwohner des Bezirks umfassende Organisation des Heimatbundes und der ferndeutsche Sinn der Bevölkerung, deren Haltung glänzend zu nennen ist, verbürgen den Sieg. Die Nachrichten vom russischen Kriegsschauplatz befeuern noch die letzten Zweifler.

Fororderungen der Eisenbahner.

Mth. Berlin, 7. Juli. Die Organisation der Eisenbahner (Freie Gewerkschaft, Christliche Gewerkschaft und Allgemeiner Eisenbahnerverband) verhandelte gestern mit den Vertretern aller Fraktionen im Reichstagsgebäude über die Lohnforderung der Eisenbahnarbeiter und über die Einreichungsforderung der Eisenbahnbeamten in das Besoldungsbudget. Heute vormittag 11 Uhr finden weitere Besprechungen statt. Das Reichsverkehrsministerium war bereits vor einigen Wochen mit den Verbänden zu einer Verständigung

gelangt und stand unmittelbar vor dem Abschluß eines Lohntariffs. Reichsfinanzminister Dr. Wirth hatte jedoch vor seiner Abreise nach Spaa erklärt, daß er erst nach der Konferenz in Spaa eine Entscheidung treffen wollte. Nun erklärten die Eisenbahner den Vertretern des Reichstages gestern, daß die Eisenbahnerverbände für die Folgen nicht einstehen könnten, falls die Einkünfte der ihnen gemachten Versprechungen nicht sofort erfolge. Die drei Regierungsparteien werden, wie dem B. Z. versichert wird, zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen. Die Mehrheitsfraktionen und die Unabhängigen haben bereits gestern erklärt, daß sie den Forderungen zustimmen werden.

Bauernaufstand in Rumänien.

Mth. Budapest, 5. Juli. Nach einer Meldung des Ungarischen Korrespondenzbüros hat Rumänien eine ganze Division zur Niederschlagung eines Bauernaufstandes in Belenches aufbieten müssen. Die Rumänen beschossen Belenches mit Artillerie. Nach Klausenburg wurde eine große Anzahl verwundeter rumänischer Soldaten gebracht. In Belenches wurden von den Aufständischen 28 Personen getötet und sehr viele verwundet. Das Aufstandsgebiet ist vom Militär abgesperrt.

Preussische Landesversammlung.

Mth. Berlin, 6. Juli.

Die Vertreter der Regierung beantworteten zunächst eine Reihe von Anfragen, danach entbrennen die Gerüchte von einer baldigen Schließung oder Verlegung der Universität Marburg jeder Grundlage.

Ein Ergänzungsgesetz zum Notetat zur Einrichtung eines Fürsorgeamtes für Beamte aus den Grenzgebieten geht an den Haushaltsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Staatshaushaltsetats.

Mth. Rade (D.): Ich beantrage, den Etat ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Zu großen politischen Debatten ist diese Zeit nicht angetan.

Mth. von der Osten (Dn.): Mit der Schlussforderung bin ich einverstanden. Den Antrag selbst aber müssen wir zurückweisen.

Mth. Sievig (S.): Da dem Antrag der Demokraten schon im Kabinettsrat von drei Parteien widersprochen wurde, hatten wir erwartet, daß er nicht wieder eingebracht werden würde.

Mth. Dr. Forch (Z.) und Mth. Dr. Krause (D. V.) sind für den Antrag Rade, Mth. Ludwig (M.) ist dagegen.

Der Antrag Rade ist infolge des erhobenen Widerspruchs erledigt. Das Haus tritt in die Verhandlungen ein.

Zusatzminister Widemann:

Der Etat konnte nicht früher eingebracht werden, weil es wegen der Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse den meisten Verwaltungen an den erforderlichen Unterlagen fehlte. Die Steuer- und Eisenbahnverwaltungen sind auf das Reich übergegangen. Jetzt muß der Beamten- und Verwaltungsapparat den verkleinerten Bedürfnissen angepaßt werden. Die Einnahmen und Ausgaben werden geschätzt auf 5,6 Milliarden gegen 9,6 Milliarden im Vorjahre. Das Jahr 1919 wird mit einem Fehlbetrag von 4 Milliarden abschließen. Die Hauptquelle des neuen Etats ist der Anteil an einer Reichseinkommensteuer. Wesentliche Mehreinnahmen ergeben sich bei den Forstverwaltungen aus dem Holzverkauf. Bei der Aufstellung des Etats ist überdies nach dem Grundsatz größter Sparbarkeit verfahren worden. Der

Stand der preussischen Schulden

war am 1. April: 10,6 Milliarden fundierter und 14,6 Milliarden schwelbender Schulden. Diese Schulden gingen infolge des Eisenbahnabkommens auf das Reich über. Preußen wird dadurch zwar schuldenfrei, bleibt aber in der Lage des selbstschuldnerischen Bürgen. Die Finanzlage Preußens ist recht schlecht geworden. Für mehr als 2 Milliarden laufender Schulden ist noch keine Deckung vorhanden. (Hört! Hört!) Die Finanzlage des Staates ist das Spiegelbild allgemeiner Verarmung. Die Lage des Staates ist sehr ernst. Wellesticht man alle Betriebsverwaltungen in einer Hand vereinigen. (Sehr richtig).

Es sprechen die Abgg. Woll (S.), Niehl (Z.).

Mth. Dominicus (D.) bittet, nachdem er zunächst der preussischen Abstimmungsgebiete gedacht hatte, den Finanzminister, dafür zu sorgen, daß die Steuerverwaltung ihren schwierigen, verwaltungstechnischen Aufgaben mehr gerecht wird als bisher. Das Ausführungsgesetz zu den neuen Steuern ist so kompliziert, wie wir bisher noch keine gesehen haben. Für die Erparnisse, die gemacht werden sollen, wäre es gut, ein einheitliches Programm aufzustellen. Vor notwendigen wirtschaftlichen Ausgaben solle aber die Politik der Sparbarkeit halt machen. Die Kanalvorlage bedarf der schnellsten Verabschiedung, um neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Die Erwerbslosenfürsorge müssen wir einschränken. Von den öffentlichen Beamten müssen wir verlangen, daß sie fest auf dem Boden der Verfassung stehen.

Es sprechen ferner die Abgg. v. d. Osten (Dn.) und Reid (M.). Die Beratung wird abgebrochen. Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf über die Neuordnung der evangelischen Kirchenverwaltung in den älteren Provinzen in der ersten Lesung erledigt. Eine Reihe weiterer Vorlagen wird an die Ausschüsse verwiesen. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen. Schluß 7/7 Uhr.

Herford u Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

7. Juli.

Der 10proz. Steuerabzug.

Der Steuerauschuß des Reichstages beschloß, die Bestimmungen über den 10proz. Steuerabzug dadurch zu mildern, daß für Wochenlohnempfänger 30 M. für jedes Kind außerdem 10 M. wöchentlich, für Monatslohnempfänger 125 M. für jedes Kind noch 40 M. monatlich außer Berechnung bleiben. Uebersteigt der Arbeitslohn oder das Monatsgehalt 15 000 M. so ist bis 30 000 M. Einkommen 15 Prozent vom Hundert, von 30—50 000 M. 20 Prozent abzuziehen. Die Abzüge steigen bei höheren Einkommen bis zu 50 Prozent.

Der Reichstag hat gestern einen von dem Steuerauschuß eingebrachten schleunigen Antrag angenommen, durch den die Frage des Steuerabzuges vom Lohn geregelt wird. Jetzt gelten u. a. folgende Bestimmungen:

Der Steuerabzug vom Lohn hat zu unterbleiben im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen für 5 M. täglich, im Falle der Berechnung nach Wochen für

30 M. wöchentlich und im Falle der Berechnung des Lohnes nach Monaten für 125 M. monatlich. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zum Haushalt des Arbeitnehmers zählende Person im ersten Falle (Berechnung nach Tagen) um 1,50 M., im zweiten Falle (Berechnung nach Wochen) um 10 M., im dritten Falle (Berechnung nach Monaten) um 40 M. Ob und wie weit die Vorschriften im einzelnen Falle anzuwenden sind, ist von dem Arbeitgeber festzustellen. Auf Anrufung eines Beteiligten entscheidet das Finanzamt endgültig. Uebersteigt der Arbeitslohn, auf das Jahr umgerechnet, den Betrag von 15 000 M., so gelten für den einzubehaltenden Betrag besondere Bestimmungen: Bei einem Lohn von 15—30 000 M. werden 15 v. H., bei mehr als 30—50 000 M. 20 v. H., u. i. f. bis zu 55 v. H. bei einer Million Mark Einkommen abgezogen. Das Gesetz tritt am 1. August 1920 in Kraft.

Oberpräsident Wuermeling gegen den Obdortver.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen Dr. Wuermeling gibt bekannt: Die in vielen Städten infolge der hohen Obdortpreise entstandenen Unruhen haben zu schweren Beschädigungen und Schadenersatzansprüchen in Höhe von vielen Millionen geführt. Die überwiegende Mehrheit der rheinisch-westfälischen Städte- und Landkreise-Vereinigungen hat sich dahin geeinigt, den Obdortverkauf nur unter der Voraussetzung zu gestatten, daß die Preisforderungen sich in vernünftigen Grenzen halten. Ein Erfolg dieser Maßnahmen läßt sich indessen nur dann erhoffen, wenn auch seitens der Bevölkerung Selbstzucht geübt wird. Dieser sich einmal einen Genuß versagen, als durch Zahlung übermäßiger Preise dem Käufer Vorzugs leisten.

m. Herabsetzung der Lebensmittelpreise. Die Lebensmittellkommission hat beschlossen, auch bei der Magermilch den Preis zu senken. Magermilch kostet statt 80 Pfg. nur noch 70 Pfg. das Liter.

Mth. Freigabe der Käsewirtschaft. Das Anhalten des besessenen Valutastandes gestattet zunächst, den berechtigten Wünschen der Bevölkerung nach Erleichterung auf dem Gebiet der Zwangswirtschaft, insbesondere nach einseitigen Nahrungsmitteln und schmackhaften Zubrot Rechnung zu tragen und das Verbot der Einfuhr von Käse aus dem Ausland bis auf weiteres aufzuheben. Sollte wider Erwarten die Valuta sich erheblich verschlechtern, so wird im Interesse unserer Zahlungsbilanz eine Zurücknahme der Einfuhrgenehmigung vorbehalten. Im Anschluß an die Aufhebung des Einfuhrverbotes soll auch die Bewirtschaftung von Käse im Inland freigegeben werden, in der Erwartung, daß infolge Verringerung der Valuta die Einfuhr ausländischen Käses preiswürdig auf die gegenwärtig zum Teil unerhörten Schleichhandelspreise für einheimische Käse einwirkt.

— Gewerbe- und Nahrungsmittel-Ausstellung. Man schreibt uns: Da das Konzert der beiden Männer-Gesangsvereine „Niederort“ und „Lira“ am letzten Mittwoch durch den Lärm des Vergnügungsparkes wiederholt wurde, findet auf vielseitigen Wunsch am morgigen Donnerstag eine Wiederholung des Konzertes mit verändertem Programm statt. Es wird dafür Sorge getragen, daß die unheimlichen Störungen während der Gesangsvorträge vermieden werden, so daß den Besuchern ein genussreicher Abend in Aussicht gestellt werden kann. — Auch auf das heute nachmittag stattfindende Kinderfest unter Leitung des Onkel Woston, der neue Ueberwachungen in Aussicht stellt, sei hier empfehlend hingewiesen.

agv. Die Post als Kellame-Unternehmer. Am die Milliardendefizite zu decken, beabsichtigt die Reichspost ihre Briefkästen, Postwagen, Telegraphenstangen usw. für Kellamezwecke auszunutzen. Große Firmen von Ruf haben bereits diesbezügliche Verhandlungen mit der Post gehabt. In einigen Wochen hofft man, mit dem fertigen Plan an die Öffentlichkeit treten zu können.

— Ferien des Bezirksausschusses Minden. Der Bezirksausschuß hält vom 21. Juli bis zum 1. September d. J. Ferien. Während dieser Zeit dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung der Regel nach nur in schlounigen Sachen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

b. Veteranen-Appell alter 55er in Detmold. Anlässlich der 50jährigen Wiederkehr des Schlachtages von Colmbach — 14. August 1870 — soll in Detmold ein Veteranen-Appell alter 55er stattfinden. Eingeladen sind alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, welche in den Reihen des altbewährten früheren Infanterie-Regiments Nr. 55 und des Bataillons Lippe an den Feldzügen 1864, 1866 und 1870/71 teilgenommen haben. An eine große Festlichkeit ist nicht gedacht, vielmehr nur an eine kameradschaftliche Zusammenkunft. Damit sich die alten Krieger — es werden ihrer nicht mehr viele sein — in alter Waffentreue noch einmal die Hand drücken und alte Erinnerungen austauschen können. Geplant sind ein Gottesdienst, eine ernste Gedenkfeier am Kriegerdenkmal, ein Appell und nachmittags eine kameradschaftliche Zusammenkunft. Ein genaues Programm soll in Kürze veröffentlicht werden, aber schon heute werden alle alten 55er dringend gebeten, ihre Teilnahme am Appell bei Herrn Rechnungsrat Burre in Detmold anzumelden.

— Tagung des Ravensberger Kreises der Schule „Stolze-Schrey“ am 4. Juli in Lübbecke. Man schreibt uns: Bei dem Wertschreiben, das aus Anlaß der 17. Tagung in Lübbecke stattfand, konnte der Herforder Verein 14 Preise erringen, die auf Leistungen zwischen 60 und 200 Silben erkannt wurden. Folgende Mitglieder waren erfolgreich: Fr. Paula Heithöller 200 Silben 1. Preis; Fräulein Helene Böhmer 200 S. 1. Preis; Herr Heinrich Blahmeier 200 S. 1. Preis; Herr Robert Knauff 200 S. 2. Preis; Herr Ludwig Klein 140 S. 1. Preis; Fr. Bifa Harles 140 S. 3. Preis; Herr Wilhelm Brune 120 S. 1. Preis; Fr. Hedwig Ciekemann 120 S. 1. Preis; Fr. Gertrud Kracht 120 S. 1. Preis; Fr. Elfe Bierregge 120 S. 2. Preis; Herr Erich Feldmann 120 S. 2. Preis; Fr. Hedwig Malathewitz 80 S. 1. Preis; Herr Heinrich Stranghöner 80 S. 1. Preis; Herr

Rudolf Brack
Fr. Paula H
200 S. einen
nicht nur den
zu gleichen E
zu weiterer z

m. Enger

5. Juli 1920
unter dem V
Es wurde be
derlichen S
hier selbst g
stellen. Bei
eines Zuschu
den. Die Gi
des Kaufman
Nichtlinienpl
als unbegrün
vorstandes a
und Lehrers
lehnt. Die U
tagt. Die U
und Besenka
für ein in n
wurden geneh
Feuerwehr zu
den 10. Juli

w. Wette
wurde die F
forschungen, i
unter Hinzuz
blieben erfolg
felde in Spe
aber aufgefur
angenommen

e. Hiddem
Hiddemhau
und Herbferr
Montag, den
August. Die
zum 16. Oktol

Bielefeld,

dem drei M
gestern morge
der Straße v
Wadufits in
tern, bestehn
(Wille), Pula
waren mit der
Stelle beschä
Wichtung Biele
wollen, gerie
Wiedemann) i
den Personen
Bielefeld abfä
Fremdschiff
führt. Seitdem
dabon. Beson
Mesterwelle, d
die Frau des
W. ebenfalls
gleiche grau
seit kurzer Ze

Si

b. Detmo
zum 31. März
Sterbefälle vo
neten sich 115
Rippes. Von
ledig. 1245 de
Karben im J
1971, 25—30
Jahren 357 u

Rein B

Detmold,
veröffentlicht
eine Mandat
es: „Auf die
Verlaufs der
Stinnes und
gen glaube ich
diese Stinnes



Moskau nicht, verläßt kaum den Kreml. Trotski ist immer in Bewegung, rollt im Auto oder im Eisenbahnzug. Bald ist er in Sibirien, bald an der polnischen Front oder in Petersburg oder in Lu'a. Lenin veröffentlicht Broschüren, er war Journalist und ist es geblieben. Trotski, der auch Journalist war, hat eine Art, die der Lenins ganz entgegengesetzt ist. Er will in seinen Artikeln eine Tat ausführen, sie bringen nicht Argumente, sondern sind Faustschläge.

Lenin spricht gern. Er verläßt seine Wohnung niemals um eines Spazierganges willen, aber immer, wenn man zu einem Meeting einladet. Er spricht wie er schreibt: wirkungslos. Seine Reden sind nicht geschickt, er sucht nicht den äußerlichen Erfolg. Er plaudert mit der Menge. Er kommt zum Beispiel im Großen Theater auf die Bühne. Der Saal ist schwarz von Gefinnungs-Genossen. Er geht ruhig, die Hände in den Hosentaschen, auf und ab. Er begann seine Rede, ohne daß man es merkte. Seine Stimme „klingt“ nicht. Er ist nicht erregt. Er spricht und spricht, immer auf und ab spazierend. Seine Ausdrucksweise ist einfach, er bedient sich mit Vorliebe volkstümlicher Ausdrücke. Oft hat er komische Wendungen. So sagt er: „Warum wollt Ihr, Kameraden, daß der Körper aus so vielen Teilen besteht, wenn man in Wirklichkeit nur an den Bauch denkt?“ Er sucht eine Wirkung auf die Massen durch Wiederholungen auszuüben. Zum Beispiel: Wenn er über die Notwendigkeit der Arbeit spricht, so wiederholt er hundertmal im Verlaufe einer einstündigen Rede: „Man muß fröhlich arbeiten! Man muß fröhlich arbeiten!“ Er verfolgt die Zuhörer mit seiner Idee wie eine Uhr mit ihrem Zeiger. In seinem Gesicht frappt nur der seltene Glanz seiner kleinen Augen. Er trägt immer eine schirmlose Mütze, die er nur abnimmt, wenn er eine Rede hält.

Trotski ist auf der Rednerbühne wie ein Bändiger. Er spricht ohne Gesten. Er bekümmert sich nicht um Theorien, seine Sache ist die Tat. „Kameraden, die Eisenbahnen funktionieren nicht, die müssen funktionieren. Und deshalb habe ich beschlossen...“ Von Zeit zu Zeit legt er seinen Zwickel zurecht. Wenn er das gesagt hat, was er zu sagen hatte, bleibt er trotz des Beifalls nicht eine Minute im Saal. Er stürzt sich in sein Auto und raft davon.

Gegen die Kriegsgesellschaften.

Die demokratische Fraktion des Reichstages hat gegen die Kriegsgesellschaften folgenden Antrag Hamm und Genossen eingebracht:

1. Die gemäß den Beschlüssen des Reichsrats vom 26. September und der Nationalversammlung vom 28. Oktober 1919 aus Mitgliedern der Reichsregierung, des Reichsrats und der Volksvertretung zu bildende Kommission zur Prüfung des Geschäftsgebahrens der Kriegsgesellschaften und der Frage der Liquidierung der Kriegsgesellschaften unverzüglich ins Leben zu rufen und zu gemeinsamer Beratung mit dem Reichswirtschaftsrat über die sofortige Inangriffnahme der Untersuchung, namentlich zu dem Zwecke des Abbaues der noch bestehenden Gesellschaften zu veranlassen.

2. Zur Vorbereitung jetzt schon eine Zusammenstellung der sämtlichen Kriegsgesellschaften und der ganz oder teilweise an ihre Stelle getretenen oder sonst mit monopolartigen oder behördlichen Bewirtschaftungs- und Zuteilungsrechten ausgestatteten Gesellschaften und Stellen unter Angabe des Namens, der Rechtsform, des Zweckes, der Zusammenfassung der Gesellschaft, ihres Kapitals, der Ergebnisse der letzten Jahre und der Namen ihrer Leiter herauszugeben.

Deutsche und Deutschnationale Volkspartei.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei Abg. Hergt hat erklärt, daß das Tischgespräch zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei jerschnitten ist. Es ist noch gar nicht lange her, als derselbe Abg. Hergt vor den Wahlen nach dem Uebertritt des deutschnationalen Abgeordneten v. Kardorff zur Deutschen Volkspartei versicherte, dieser hätte, indem er zur „befreundeten Rechts-“ partei“ hinübergehe, nur gewissermaßen das Zimmer im gemeinsamen Hause gewechselt: „Auch während des Wahlkampfes waren die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei auf das engste miteinander verbunden. Nach der Wahl aber hat Abg. Hergt am 30. Juni in der „Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft“ arg auf die Deutsche Volkspartei gescholten, welche in die Regierung eingetreten ist, ohne sich um die Deutschnationalen zu kümmern. Abg.

Hergt warf die Frage auf, ob die Deutsche Volkspartei in der Reichsregierung die Koalition der Reichsparteien „im Sinne von rechts“ werde beeinflussen können, und er fuhr nach dem Bericht der „Kreuztg.“ fort:

„Will sie es, kann sie es? Ich glaube nicht an das Können; dazu ist sie mit ihren 63 Mandaten zu schwach. Was das Wollen betrifft, so wird man noch bedenklicher. Wir haben schwere Enttäuschungen mit der Deutschen Volkspartei erlebt. Unmittelbar nach den Wahlen eröffnete sie uns, sie sei entschlossen, ohne uns in die Koalition zu gehen, die Deutschnationalen kämen nicht in Betracht. Das war eigentlich der Schlussstein der Entwicklung der Deutschen Volkspartei schon seit den Wahlen. Wir Deutschnationalen suchen Fühlung und Verständigung mit der Arbeiterpartei, wollten aber nicht zusammengehen mit der Sozialpartei. Die Deutsche Volkspartei wollte um jeden Preis mit den Mehrheitssozialisten zusammengehen, auch wenn sie auf maßgebenden Einfluß verzichten mußte. Es war also die erste Handlung der Deutschen Volkspartei, daß sie gewissermaßen uns sitzen ließ. Unsere Absicht war ein unbedingtes Zusammengehen mit ihr gewesen. Es wäre auch schon gewesen, wenn wir in einer Stärke von 128 Mandaten geschlossen hätten auftreten können. Die Deutsche Volkspartei dachte gar nicht an den Bürgerblock. Mit einem guten Programm hätten wir die anderen Parteien vor die Schicksalsfrage stellen können, und das Volk hätte dann gewußt, wie es sich zu Zentrum und Demokratie zu verhalten hätte.“

Wir hätten uns zusammenschließen müssen gegen die Gefahr von links. Es pukt doch wieder überall. Die roten Armeen sind gerüstet. Wir bedauern, daß die Deutsche Volkspartei darüber anderer Meinung ist. Trimborn und Schiffer sagten, die Deutsche Volkspartei hätte selber eingesehen, daß der Bürgerblock eine Gefahr für das Vaterland wäre, weil ein so ungeheuerliches Mißtrauen gegen die Deutschnationalen Volkspartei bestände. Da hört doch alles auf! Wenn diese nachbarliche Partei uns als eine „Gefahr“ ansieht, so steht einem der Verstand still. Wir können also nicht das Vertrauen zur Deutschen Volkspartei haben, daß sie für eine stärkere Vertretung der Grundbesitzer sorgen wird. Mit schmerzlichem Bedauern müssen wir feststellen, wie man das Tischgespräch so zwischen uns jerschnitten hat. Fragen muß man ja, wie unsere Anhänger und die der Deutschen Volkspartei darüber denken? Hunderttausende im Lande hatten gedacht, es sei doch eigentlich kein Unterschied zwischen den beiden Parteien und sie dachten sich das Verhältnis natürlich durchaus freundschaftlich, dachten an das Wort: getrennt marschieren und vereint schlagen! Daraus ist nun nichts geworden. Ich muß leider fürchten, daß das in Zukunft zu allerlei Auseinandersetzungen Anlaß geben wird, an denen wir doch unschuldig sind.“

D. P. K.

Amt Blotho

H. Blotho, 6. Juli. In der letzten Stadtverordnetenversammlung waren 16 Stadtverordnete anwesend. Um 4 Uhr eröffnet Gemeindevorsteher Strul die Sitzung. Der Antrag der reichseinkommensteuerfreien Teile zur Gemeindefeuer 1920. Da diese Sache eingehender Beratung bedarf, wird sie zunächst der Finanzkommission überwiesen. Grundstücksaustauschverhandlungen mit dem Landwirt König in Bonneberg und Erweiterung der städt. Wasserleitung und Aufnahme einer Anleihe hierfür im Betrage von 20 000 M. Diese beiden Punkte werden zusammen verhandelt. Es wird darauf Verzicht geleistet, den fragl. Grundstückstreifen, um dem schon soviel verhandelt worden ist, von König zu erwerben, da die Stadt denselben nicht mehr braucht. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der der Stadt gehörige Widder nicht soviel Wasser auf den Amthausberg hinaufschaffen kann wie benötigt wird und schlägt deshalb der Gemeindevorsteher den Stadtverordneten die Anschaffung eines Pumpwerkes vor. Und zwar empfiehlt er der Sache schleunigst näher zu treten, da augenblicklich Wasser auf dem Amthausberg gefahren werden muß, was einen täglichen Kostenaufwand von 200 M erfordert. Das Pumpwerk wird 20 000 M kosten, die Kosten würden also in 100 Tagen schon durch

die Ersparnis an Fuhrkosten eingebracht sein. Die Versammlung beschließt die Anschaffung. Gasanfallsinspektor Schneider, der das ganze Projekt ausgearbeitet hat, ist dafür, daß die Anlage von den Arbeitern des Gaswerks gemacht wird. Stadtk. Krieger befürwortet die Uebertragung der Arbeiten an den Inspektur Knebel. Er vertritt den Standpunkt, die selbständigen Gewerbetreibenden bei Vergütung von städtischen Arbeiten möglichst zu berücksichtigen, solange die Stadt keinen Schaden hat. Die Versammlung schließt sich seiner Ansicht an und es wird beschloffen, die Anlage von Knebel ausführen zu lassen. Beschaffung von Kies zur Instandsetzung der Wege auf dem Friedhofe wird nicht für dringend notwendig erachtet und einstweilen zurückgestellt. Besuch des Raminchen-Zuchtvereins um Bewilligung eines Ehrenpreises. Es werden 50 M bewilligt, gleichzeitig aber wird folgendes beschloffen: Es werden zunächst 500 M bewilligt und sollen aus diesem Fonds jetzt alle Zuwendungen nach dem alten Satze eventl. mit 50 Prozent Ausschlag bestritten werden. Einführung eines Gesetzes über die Abkündigung des Feuerlöschdienstes. Es wird eine Kommission gebildet, die ein solches Statut schaffen soll; es werden in dieselbe folgende Herren gewählt: Teigeler, Bonse, Wenzel, Krieger, Wehmeier, Hottel. Damit wäre die festgesetzte Anordnung erledigt und es folgt unter Verhiebenes zunächst eine Bitte der Anlieger der Berg-, Winterberg- und Südfeldstraße um Anschluß an die Wasserleitung auf dem Amthausberg. Das Gesuch wird der riesigen Kosten wegen — der laufende Meter Rohr kostet 200 M — abgelehnt, wenn auch anerkannt wird, daß die Antragsteller sehr unter Wassermangel zu leiden haben. Sodann macht Herr Strul Mitteilung davon, daß das Schulgeld für die auswärtigen Schüler um 100 M erhöht worden ist. Eine andere Mitteilung des Herrn Strul geht dahin, daß die Frist für die Bewilligung von Staatsbeiträgen für Notstandsarbeiten am 30. Juni abläuft, die Stadt also für den Ausbau der Hoch-, Südfeld- und Moltkestraße keinen Zuschuß erhält. Jetzt folgt eine Mitteilung, die eine lebhafteste Debatte auslöst: Die Anlieger der Südfeldstraße, die 3 M für den Quadratmeter des von ihnen abzutretenden Geländes verlangt haben, sind bereit, das betr. Gelände umsonst herzugeben, verlangen aber, daß die Stadt ihnen einen eisernen Zaun um ihre Grundstücke ziehen läßt, wie sie solchen auch Herrn Hans Tintelnot auf sein Verlangen bewilligt hat. Stadtk. Krieger meint, hier läge der Fall doch anders, da Herr Tintelnot den Weg nicht gewollt habe, während die Herren Alkehafe und Timmerbröcker an dem Ausbau des Weges interessiert seien. Vorsteher Strul meint, es würde hier ein Präzedenzfall geschaffen werden; was hier bewilligt werde, würden die Anlieger der Arsl- und Südfeldstraße auch verlangen. Stadtk. Wenzel und Beerenkämper meinen, dann hätte das Staket-Tintelnot auch nicht bewilligt werden dürfen; was dem Ginen recht sei, sei dem Andern billig. Schließlich wird über den Antrag abgestimmt und derselbe mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Die Mietzeit des Konsumtellers ist abgelaufen; da der Konsum jetzt in sein neues Heim übergesiedelt ist, fragt der Vorsteher an, ob die Versammlung dafür sei, den Keller beizubehalten? Die Stadtk. Krieger und Beerenkämper meinen, da die Pacht ja nur 160 M jährlich betrage und man immerhin noch nicht wisse, ob die Stadt nicht noch Kartoffeln einlagern müsse, solle man den Keller doch einweisen behalten. Die Versammlung beschließt demgemäß, lieber den Kartoffelpreis findet eine Aussprache statt. Das Vorgehen der Bauern in Lippe wird mit warmen Worten anerkannt und eine Kommission ernannt, die mit den Landwirten in der Umgebung Blothos verhandeln soll, um eine einheitliche, möglichst niedrige Festsetzung des Kartoffelpreises für die Mothoer zu erreichen. Zu dieser Kommission gehören die Herren: Krieger, Teigeler, Thop, Harland und Strul. Es liegt der Stadt ein Angebot in Torf vor; die Versammlung beschließt jedoch, von dem Kauf abzusehen, jedoch die Kohlenhändler zu veranlassen, sich Torf anzuschaffen.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Ankerenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Zwischen Himmel und Erde.

Erzählung von Otto Ludwig.

Der Bauherr sah Apollonius erblicken, seine Gestalt noch tiefer in sich zusammensinken, als je zuvor. „Wo ist der Nettemair?“ rief es wieder draußen. Da schlug eine dunkle Wolke über seine bleichen Wangen, und seine schlanke Gestalt richtete sich hoch auf. Er schloß sich rasch ein, zog den Riemen seiner Mütze fest unter dem Kinn. „Bleib‘ ich“, sagte er zu dem Bauherrn, indem er sich zum Gehen wandte, „so dentt an meinen Vater, an meines Bruders Weib und seine Kinder“. Der Bauherr war betroffen. Das „Bleib‘ ich“ des jungen Mannes klang wie: „Ich werde bleiben“. Eine Ahnung kam dem Freunde, hier sei etwas, was mit dem Erscheinenden Apollonius‘ zusammenhänge. Aber der Ausdruck seines Gesichtes hatte nichts mehr von den Zeiten; er war weder ängstlich, noch wild. Durch seine Sorge und Schrecken hindurch fühlte der wackere Mann etwas wie freudige Hoffnung. Es war der alte Apollonius wieder, der vor ihm stand. Das war ganz die ruhige, bescheidene Entschlossenheit wieder, die ihn beim ersten Anblick dem jungen Manne gewonnen hatte. „Wenn er so bleib‘!“ dachte der Bauherr. Er hatte nicht Zeit, etwas zu erwidern. Er drückte ihm die Hand. Apollonius empfand alles, was der Händedruck sagte wollte. Wie ein Mittel zog es über sein Gesicht hin mit dem wackeren Alten, wie Mißbilligung, daß er dem braven Alten Schmerz gemacht, und ihm noch mehr Schmerz machen wollte. Er sagte mit seinem alten Lächeln: „Auf solche Fälle bin ich immer bereit. Aber es gilt Gutes. Auf frohes Wiedersehen!“ Der schnellere Apollonius war dem Bauherrn bald aus den Augen. Auf dem ganzen Wege nach Saint Georg, unter dem Geschrei, den Schreien und Trommeln, Sturm und Donner, sagte der Bauherr immer vor sich hin: „Entweder sei‘ ich den braven Jungen nie wieder, oder er ist gesund, wenn ich ihn wiederseh‘“. Er legte sich nicht Rechenschaft ab, wie er zu dieser Heberzeugung kam. Hätte er’s auch sonst gekonnt, es war nicht Zeit dazu. Seine Pflicht als Bauherr verlangte den ganzen Mann.

Der Auf: „Nettemair! Wo ist der Nettemair?“ tönte dem Gerufenen auf dem Wege nach Saint Georg entgegen und klang

hinter ihm her. Das Vertrauen seiner Mitbürger auf ihn weckte das Gefühl seines Wertes wieder in ihm auf. Als er, aus der Fremde zurückkehrend, die Heimatstadt vor sich liegen sah, hatte er sich ihr und ihrem Dienste gelobt. Nun durfte er zeigen, wie ernst gemeint sein Gelübde war. Er überkam in Gedanken die mühsamen Gestalten der Gefahr, und wie er ihnen begegnen könnte. Eine Spritze stand bereit im Dachgebäl, Fächer lagen dabei, um damit, in Wasser getaucht, die gefährdeten Stellen zu schützen. Der Geselle war angewiesen, heißes Wasser bereit zu halten. Das Gebäl hatte er überall durch Leitern verbunden. Zum ersten Male seit seiner Heimkunft von Brambach war er wieder mit ganzer Seele bei einem Werke. Vor der wirklichen Not und ihren Anforderungen traten die Gebilde seines Bräutens wie erlebende Schatten zurück. Die ganze alte Wirkungslosigkeit und Spinnfraß war wieder herausgerufen, das Gefühl der Erschöpfung erhobte sich noch. Mit Gedanken kam man Gedanken widerlegen, gegen Gefühle sind sie eine schwache Waffe. Vergebens sah sein Geist den rettenden Weg; er war in der allgemeinen Erschlaffung mit erkrankt. Jetzt war ein stärkeres, gesundes Gefühl gegen die starren kranken Gefühle aufgeführt und hatte sie in seiner Flamme verzehrt. Er wußte, ohne besonders daran zu denken, er hatte den rettenden Entschluß gefunden, und dieser war die Quelle seines erneuten Daseins. Er wußte, er wird nicht schwindeln, und blieb er doch, so fiel er seiner Pflicht zum Opfer und seiner Schuld, und Gott und die Dankbarkeit der Stadt traten statt seiner in das Gelübde für die Seinen ein.

Der Plag um Saint Georg war mit Menschen angefüllt, die alle voll Angst nach dem Turmdache hinauf sahen. Der ungeheure alte Bau stand wie ein Fels in dem Kampf, den Blüheselle mit der alten Nacht unermüdlich um ihn kämpfte. Jetzt umschlangen ihn tausend hastige glühende Arme mit solcher Macht, daß er selber aufzulösen schien unter ihrer Glut; wie eine Brandung ließ’s an ihn hinauf und stürzte gebrochen zurück, dann schlug die dunkle Flut der Nacht wieder über ihm zusammen. Ebenso oft tauchte die Menge aneinander gedrängter beller Gesichter auf um seinen Fuß, und sank wieder ununterscheidbar ins Dunkel zurück. Der Sturm riß die Stehenden an Hüften und Mäntel und schlug mit eigenen und fremden Haaren und Kleiderzipfeln nach ihnen, als wollte er sie’s bißen lassen, daß er vergeblich an den steinernen Rippen sich wund stieß, und warf sie mit feinem Schneegeriesel, das in dem Schein der Blitze wie glühender Föhnenregen an ihnen

herniederstürzte. Und wie die Menschen bald erschienen, bald verschwanden, so wurde ihr verwirres Durcheinanderreden immer wieder vom Sturm und Donner überbraust und überrollt. Da rief einer, sich selbst tröstend: „Es ist ein kalter Schlag gewesen. Man sieht ja nichts“. Ein anderer meinte, die Flamme vom dem Schlag könne noch ausbreiten. Ein dritter wurde jählig; er nahm den Einwand wie einen Wunsch, der Schlag könne nicht ein kalter gewesen sein, und die Flamme noch ausbreiten. Er hatte sich schon geträumt, und rächte sich für die Mühe, die der Einwand wieder neu in ihm erregte. Viele sahen, vor Angst und Rülte zitternd, mit den gebundenen Augen stumpf in die Höhe, und wußten nicht mehr, warum. Hundert Stimmen setzten dagegen auseinander, welch Unglück die Stadt betreffen könne, ja betreffen müsse, wenn der Schlag kein kalter war. Einer sprach von der Natur der Schiefer, wie sie im Brande schmelzen und als brennende Schladen tragenweit durch die Luft fliegend schon oft einen beginnenden Brand im Augenblick über eine ganze Stadt verbreitet hatten. Andere fragten, wie der Sturm einen mühsamen Brand begünstige, und daß kein Wasser zum Löschen vorhanden sei. Noch andere: und wäre welches vorhanden, so würde es vor der Kälte in den Spritzen und Schläuchen gefrieren. Die meisten stellten in angstvoller Veredsamkeit den Gang dar, den der Brand nehmen würde. Stürzte das brennende Dachgebäl, so trieb es der Sturm dahin, wo eine dichte Häufemasse fast an den Turm stieß. Hier war die feuergefährlichste Stelle der ganzen Stadt. Zahllose hölzerne Emporkästen in engen Höfen, breitere Dachgiebel, schindelgedeckte Schuppen, alles so zusammengepreßt, daß nirgends eine Spritze hineinzubringen, nirgends eine Löschmannschaft mit Erfolg anzustellen war. Stürzte das brennende Dachgebäl, wie es nicht anders möglich war, nach dieser Seite, so war das ganze Stadtviertel, das vor dem Winde lag, bei dem Sturm und Wassermangel unrettbar verloren. Diese Auseinandersetzungen brachten Angstlichere so aus der Fassung, daß jeder neue Witz ihnen die ausbrechende Flamme schien. Daß jeder nur eine Seite der Turmdachfläche übersehen konnte, begünstigte die Fortpflanzung des Jrems. Es war wunderbar, aber man hörte nun von allen Seiten zugleich das Geschrei: „Wo? Wo?“ Sturm und Donner verhinckerten die Verständigung. Jeder wollte selbst sehen, so entstand ein wildes Gedränge.

(Fortsetzung folgt).